

PRESSEMITTEILUNG 83 – 15.04.2026

Birte Pauls

## **Wer helfen will, der muss auch handeln**

Anlässlich der heutigen Protestaktion von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sowie zum Antrag der SPD-Fraktion zur Stärkung der ambulanten psychotherapeutischen Gesundheitsversorgung (Drs. 20/4282) erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birte Pauls:

„Wer in Deutschland heute einen Therapieplatz sucht, steht allzu oft vor verschlossenen Türen oder wartet monatelang auf Hilfe. Das ist längst keine Ausnahme mehr, sondern bittere Realität. Für die Betroffenen bedeutet das nicht weniger als eine Verlängerung ihres Leidenswegs.

Gerade deshalb ist klar: Wir dürfen die psychotherapeutische Versorgung nicht weiter schwächen. Wir müssen sie endlich stärken.

Wer es ernst meint mit früher Hilfe und echter Unterstützung, muss dafür sorgen, dass ausreichend Therapieplätze vorhanden sind und die Rahmenbedingungen stimmen.

Dazu gehört selbstverständlich auch eine faire und verlässliche Vergütung. Sie ist keine Nebensache, sondern die Grundlage dafür, dass Therapeutinnen und Therapeuten ihre wichtige Arbeit leisten können und überhaupt genügend Angebote zur Verfügung stehen. Eine Absenkung der Honorare wäre ein fatales Signal, würde die Versorgung weiter verschlechtern und die bestehenden Engpässe verschärfen.

Die SPD-Fraktion fordert die Landesregierung deshalb auf, sich auf Bundesebene mit Nachdruck für Verbesserungen einzusetzen. Unser Ziel ist eine starke, verlässliche und flächendeckende ambulante psychotherapeutische Versorgung.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass auch die Grünen den Protest der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten unterstützen. Wer heute seine Unterstützung bekundet, muss morgen aber dann auch bereit sein, konkrete politische Konsequenzen zu ziehen. Deshalb erwarten wir, dass Schwarz-Grün unserem Antrag zustimmt.“